

Bezugspreis:
Bietertageszeitung
durch Posten 3,00 M.
Bei den Buchhandlungen
auschl. Postgebühren
8 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Gmü.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 291

Bad Gmü, Donnerstag, den 18. Dezember 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Der Reichsnachtragsetat.

Mz Berlin, 17. Dez. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung wurde der Nachtragsetat von 200 Millionen Mark zwecks Einführung des Elektrizitätsgesetzes und ferner außerordentlich eine 50prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Reichsbefolgsreform bewilligt.

Rundschau zur deutschen Einheit.

Mz Berlin, 17. Dez. Der Antrag der Mehrheitsparteien, den deutschen Einheitsstaat betreffend, ist mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen.

Das Reichsnachtragsetat.

Mz Berlin, 17. Dez. Die Nationalversammlung nahm das Reichsnachtragsetat in 3. Lesung, ebenso in 2. und 3. Lesung den Gesetzentwurf über die Steuernachricht an.

Ans der Landesversammlung.

Mz Berlin, 17. Dez. Die Preussische Landesversammlung nahm heute den Staatshaushaltsplan für 1920 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten an. Die nächste Sitzung findet am 21. Januar 1920 statt.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Mz Paris, 17. Dez. Savas glaubt zu wissen, daß die Vorschläge der deutschen Delegierten dahin gehen, daß die Menge des verlangten Gasmaterials verringert werde und die gegenwärtig im Bau befindlichen Einheiten zu liefern wären, statt der im Protokoll vorgesehenen.

Große Munitionsexplosion.

Mz Berlin, 17. Dez. Ueber eine Explosionskatastrophe in Marienfelde (bei Wilhelmshaven) wird der B. Z. berichtet: daß die gesamte Munitionsmenge des Munitionsdepots in die Luft ging. Es wurde ungeheurer Schaden angerichtet. Dieser wurden 20 Tote und etwa 60 Verwundete geborgen.

Die Einseitigkeit im Betriebsrätegesetz.

DR. Die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes ist im sozialpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung abgeschlossen worden. An den umstrittensten Paragraphen über den Eintritt in den Aufsichtsrat und über die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen ist nichts wesentliches mehr geändert worden. Dagegen mußte bei der Abstimmung über die Vorlegung der Bilanz (§ 35) ein neues Kompromiß geschlossen werden, weil es unmöglich war, die drei Regierungsparteien auf die Fassung zu vereinigen, die in der ersten Lesung des Ausschusses vereinbart worden war. Danach sollten von der Vorlegung der Bilanz, die den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu entsprechen hätte, alle Betriebe mit weniger als 500 Arbeitern oder 100 Angestellten befreit sein. Jetzt ist durch einen Antrag des Zentrum ein neuer Begriff „Betriebsbilanz“ und „Betriebs-, Gewinn- und Verlustrechnung“ eingeführt worden und die Vorchrift heißt nun, daß nur die Betriebe mit mehr als 500 Arbeitern oder 50 Angestellten die Betriebsbilanz und die Betriebs-, Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen müssen. Unter „Betriebsbilanz“ wird eine Bilanz verstanden, die abweichend von den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches nicht Aufschluß über das Privatvermögen oder das außerhalb des Betriebs arbeitende Vermögen des Unternehmers zu geben braucht, sondern ausschließlich beschränkt ist auf das Vermögen, das im Betriebe selbst arbeitet. Die genaue Definition soll durch ein besonders zu erlassendes Gesetz getroffen werden. Solange dieses Gesetz nicht fertig ist, soll die bisherige Bilanz vorzulegen werden. Der Vorlegungsbefehl beginnt aber erst vom 1. Januar 1921 ab. Diese Formulierung ist von den Mitgliedern aller drei Regierungsparteien unterzeichnet und angenommen worden. Auch von deutschnationaler Seite wurde diese Lösung begrüßt. Was sonst noch an Abänderungen angenommen worden ist, steht an Bedeutung hinter der Einigung im Bilanzparagraphen zurück. Auf Antrag der Demokraten Schneider-Sachsen wurde die Höchstgrenze der Entschädigungssumme für unrechtmäßig gekündigte oder entlassene Arbeitnehmer von drei bis auf sechs Wochenlohn des Jahres einkommens hinausgesetzt. Die Frauen erhielten unter geistlicher Führung von Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders eine besondere Schutzbestimmung im Gesetz.

Zum Ergebnis der Sparprämienanleihe

Schreibt die B. Z.: Der ämtliche Draht hat bereits über das Zeichnungsergebnis der Sparprämienanleihe berichtet. 100 Millionen Mark hatte man zur Zeichnung aufgelegt. Ein paar Wochen lang hat dann der Erzberger'sche Präparat auf Geheiß seines Herrn und Weisers tieferhaft gearbeitet, aber trotz allem sind nur 3,8 Milliarden Mark gezeichnet worden. Zwar sucht man das klägliche Ergebnis noch damit zu beschönigen, daß man von Zeichnungen spricht, die noch aus dem Ausland eingehen würden. Es ist aber kein Zweifel daran möglich, daß selbst wenn das zutrifft, vier Milliarden Mark nicht erreicht werden, denn die ämtliche Verlautbarung stellt zugleich in Aussicht, daß das Reich den an vier Milliarden noch fehlenden Betrag selbst zeichnen werde. Das Reich will also den Kredit, den es von anderen nicht bekommt, sich selbst geben. Auch das ist eine der Selbstanklagen der Erzberger'schen Finanzpolitik, die mit dieser Anleihe eine schwere Niederlage erlitten hat. Denn daran kann kein Zweifel sein, daß das Mißtrauen, das man allgemein Herrn Erzberger entgegenbringt, die Hauptursache dieses Mißerfolges ist. Dazu kommt natürlich der allgemeine Unmut über die widerspruchsvolle und zerfahrene Ari-

in der jetzt das Reich regiert wird. Daß Herr Erzberger und die Regierung, die ihn zu den ihren zählt, daraus die entsprechenden Folgen ziehen werden, ist allerdings zu bezweifeln. Sie werden vermutlich fortwähren mit dieser. Kein Zweifel aber ist, daß nicht nur die Anleihe einen leichten Erfolg gehabt hätte, sondern auch die Mark im Ausland wesentlich höher bewertet werden würde, wenn Herr Erzberger nicht mehr an der Spitze mächtiger Reichsfinanzen stünde. Das wird im Ausland von hervorragenden Leuten ganz offen ausgesprochen. Sollen wir's allerdings kaum. Der Reichswagen wird auf dem holprigen Antriebsdamm, den ihm Herr Erzberger vorgezeichnet, weiter poltern, bis die Mark im Ausland noch tiefer gesunken ist und das Reich außerhalb seiner Grenzen überhaupt nichts mehr kaufen kann. Man weiß, wie wir von diesem Augenblick nicht mehr entfernt. Der Mißerfolg der Sparprämienanleihe ist ein weithin sichtbares Warnungssignal auf diesem verhängnisvollen Weg.

Reichsminister a. D. Gothein wendet sich im Leipziger Tageblatt gegen die unerschöpfliche Finanznotlage Erzbergers, bekämpft die Finanzpolitik, die eine Neubildung des Kapitals unmöglich mache, und kommt im Verfolg seiner Ausführungen zu folgendem bemerkenswerten Vorschlag: Es gibt 2 Mittel und Wege, die Finanzen zu sanieren, auch ohne daß man die Kapitalbildung unmöglich macht. Herr Erzberger hat in seiner Finanzrede selbst rühmend hervorgehoben, daß die Kohlensteuer zwei Milliarden Mark bringe, obwohl wir die billigsten Kohlenpreise hätten. In Wirklichkeit wird sie bei dem jetzigen Stande mindestens 2,4 Milliarden Mark bringen, und sie verursacht so gut wie keine Erhebungskosten. Unsere Kohlenpreise betragen bei dem heutigen Weltmarktpreis nur den zehnten Teil der Auslandskohlenpreise. Würde man sie verdoppeln, wobei sie auch nur ein Sechstel des Weltmarktpreises erreichen würden, so würde das allein 2,4 Milliarden Mark mehr bringen. Nun braucht man aber höchstens ein Drittel der Verdroppelung zur Aufbesserung von Arbeitslöhnen, Unternehmerrente und Unternehmergewinn zu verwenden, um den Kohlenbergbau wieder leistungsfähig zu machen. Zwei Drittel davon können gut und gern dem Reich steuerlich dienstbar gemacht werden. Der einfache Weg wäre, den Kohlenbergbau und den Kohlenhandel zu einem großen Trust zusammenzuschließen, der die Transaktionen mit S. O. verzinslich und den überschüssigen Gewinn zu drei Vierteln dem Reich und zu ein Viertel dem Kohlenbergbau zuführt. Damit wird zugleich mit der gleichbleibenden Kohlensteuer würde dem Reich sofort eine Erhöhung von nahezu 10 Milliarden Mark gegeben werden, wovon, wie bekannt, unsere Kohlenpreise nur ein Sechstel des Weltmarktpreises betragen. Mit 10 Milliarden Mark Mehrerlösen können man aber auf die ganze Umsatzsteuer und 55 v. H. der Reichseinkommensteuer verzichten. Dabei hätte man den enormen Vorteil, daß die Erhebungskosten minimal wären, während sie auf der anderen Seite umgekehrt sind. Man hätte weiter den Vorteil, daß unsere Wiederausfuhrverpflichtung — wir sind verpflichtet, 40 Millionen Tonnen jährlich dem Ausland zu liefern — mit einem Schlage um 4 Milliarden erleichtert würde, denn so viel würden wir sofort mehr für unsere Kohlenlieferungen in Anrechnung gebracht erhalten.

Arbeitsminister Salde über die Wohnungsnot.

Wichtigste Mitteilungen über die Wünsche der Regierung zur Beilegung der Wohnungsnot machte Reichsarbeitsminister Salde in einer Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterräte. Er erklärte ein, daß die aus öffentlichen Mitteln gewährten Überbauungsbeiträge für Neubauten nicht ausreichen, da die Bautkosten wesentlich höher seien als beim Ertrag der Versteigerungen angenommen worden war. Eine Neuregelung ist, wie der Minister nach einem Bericht des „Vorwärts“ ausführt, derzeit in Aussicht genommen, daß die Höhe der Überbauungsbeiträge aus öffentlichen Mitteln befristet wird. Die Zuschüsse sollen aber, damit sie nur dem Kleinwohnungsbau zugute kommen, nur für solche Bauten geleistet werden, die nicht mehr als 70 Quadratmeter Grundfläche haben. Voraussetzung für die Gewährung des staatlichen Zuschusses soll sein, daß die Gemeinden davon ein Drittel übernehmen. Die Zuschusssumme soll als Hypothek eingetragen und der Gemeinde ein Einfluß auf die Höhe der Miete gesichert werden. Nach 20 Jahren soll die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes nachgeprüft werden und, wenn sich herausstellt, daß sie nicht oder nur zum Teil aus den Erträgen des Grundstücks zurückgezahlt werden kann, dann soll der in Frage kommende Teil als nicht rückzahlbar niedergeschlagen werden. Auch für Beschaffung von Baustoffen, durch die der dringendsten Wohnungsnot abgeholfen werden sollte. Die Verordnung sollte den Bezirkswohnungskommissionen das Recht geben, Baubank zu enteignen. Für das Enteignungsverfahren sei ein vereinfachter Prozeßweg vorgesehen. Auch die Sorge für Beschaffung von Baustoffen solle dem Bezirkswohnungskommissionen übertragen werden. Zu dem Punkt soll ihm das Recht gegeben werden, den Betrieb stilllegender Baustofffabriken nötigenfalls zu erzwingen. Für andere Baustoffe, wie Holz, Sand usw. soll dem Kommisär das Beschlagnahmerecht zustehen. Alle diese Maßnahmen könnten aber den gewünschten Erfolg nur dann haben, wenn sie Bestandteile haben bei denen, für die sie im Werk gesetzt werden sollen. Auch die Maßnahmen infolge der schon vorhandenen Wohnungen sollen verschärft werden. Der Wohnungskommission soll das Verfügungsrecht über nicht ausreichend belegte große Wohnungen erhalten. Ein Gesetz zur Regelung und Förderung des Heimstättenwesens werde im Laufe des Winters der Nationalversammlung zugehen. Heimstätten, die aus öffentlichen Mitteln geschaffen werden, müßten auch im öffentlichen Besitz bleiben, oder falls sie privater Besitz würden,

müsse die Gemeinde das Vorkaufsrecht haben. Besonders Interesse bringe die Regierung dem Bau von Arbeiterwohnungen in den Bergbaubetrieben und der Lösung der landlichen Siedlungsfrage entgegen.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 16. Dezember.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage Delius (Dem.) nach Hilfsmitteln für die notleidenden Landes-, Bezirks- und Gemeindefunktionäre, Geistlichen, Lehrer und Lehrerinnen aus Elsaß-Lothringen erwidert Unterstaatssekretär Dr. Seiwald: Die Reichsregierung wird sofort nach Weihnachten der Nationalversammlung ein Gesetz zugunsten der vertriebenen Deutschen vorlegen. Inzwischen ist eine ausreichende Entschädigung vorgesehen. Der Transport von Möbeln wird ganz oder teilweise auf Reichskosten übernommen. Dessehalb Angehörige werden im Reichsdienst antwortbar gemacht. Lehrer von öffentlichen Stiftungen werden staatlichen Lehrern gleichgestellt. Die Vertriebenen werden im Arbeitswesen bevorzugt werden. Die Anzahl der Entlässe erledigt sich dadurch, da die Antragsteller in einigen Fällen die Regierungsvorteile nicht annehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Abg. Krüger-Pröbster (Soz.): Die Elektrizitätsversorgung muß durch Herabsetzungen auf großen zusammengekauften Werken erfolgen, die ihren Sitz in den Kohlenrevieren oder in der nächsten Nähe der Wasserkräfte haben müssen. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist höchste wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Behner (Str.): Widerspruch macht sich bei den Unternehmern geltend dagegen, daß das Reich die Verwaltung übernehmen will.

Abg. F. L. (Dem.): Das Monopol darf nicht als Einnahmequelle für das Reich ausgenutzt werden, sondern wirtschaftlich ungünstig gelegene Gegenden müssen durch dasselbe einen Ausgleich erfahren.

Abg. Vawerenz (Deutschnat.): Trotz mancher Bedenken wird ein Teil meiner Fraktion sich mit der Vorlage befassen, bei deren Beurteilung wir allein wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt haben. Der größte Teil meiner Freunde wird aber das Gesetz ablehnen. Schwere Bedenken haben wir dagegen, daß bei der Übernahme bestehender Betriebe der Ertragswert für die Entschädigung ausschlaggebend sein soll.

Abg. Dr. Marsch (D. Vp.): Wir fürchten, daß das Gesetz einen außerordentlich schädlichen Einfluß auf die bestehende organische Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft ausüben wird.

Abg. Senke (U. S.): Bei allen Sozialisierungsfragen kann es sich nur darum handeln, die Ausbeutung der kapitalistischen Ausbeutung herbeizuführen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Weiterberatung 3 Uhr.

Um 3,05 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Das Elektrizitätsgesetz wird ohne weitere Aussprache im Wesentlichen unverändert nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die dritte Lesung sofort vorzunehmen, erhebt der Abg. Senke (U. S.) Widerspruch.

Es folgt die zweite Lesung des Umsatzsteuergesetzes.

Abg. Stoll (Soz.): Wir betrachten das ganze Gesetz aber nur als Provisorium, das abgeändert werden muß, sobald die Lage des Reiches es gestattet.

Abg. Schlad (Str.): Trotz mancher Bedenken stimmen wir der Vorlage zu, weil ohne die indirekten Steuern eine Gesundung unserer Finanzen unmöglich ist.

Abg. Weich (D. Nat.): Diese Vorlage ist uns unsympathisch. Die Vorlage wird dadurch wesentlich herabgemindert, wenn auch der Steuerfuß von 1 auf 1/2 Prozent herabgesetzt wurde. Rot tut uns ein Abba der Preise. Durch dieses Gesetz wird aber das Gegenteil erreicht.

Abg. Waldstein (Dem.): Das Gesetz ist ein Provisorium.

Abg. Kemule (D. Vp.): Es wäre falsch, aus Prinzipienreiterei gegen eine indirekte Steuer zu stimmen. Schon mitten im Kriege haben wir verlangt, daß das Gleichgewicht des Haushalts nicht nur durch Anleihen, sondern durch Steuern hergestellt werde. Die freien Berufs haben wir in die Steuern hineingenommen gerade im Interesse der gleichmäßigen Belastung aller Volksschichten. Ebenso es mit der Vermögenssteuer. Das Kinderprivileg gehört eigentlich nicht in eine indirekte Steuer hinein. Trotzdem können wir ihm zu, allerdings so, daß es nicht schon bei jedem zweiten oder dritten Kinde eintreift.

Abg. Senke (U. S.) beantragt Verlegung und Verloft die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Präsident läßt darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr an. Fortsetzung der dritten Beratung des Reichsnachtragsetats.

Preussische Landesversammlung.

28. d. d. 1919

Die Landesversammlung beschloß heute in ihrer heutigen Sitzung mit der zweiten Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichslebensversicherungsgesetz nach den Vorschlägen des 14. Ausschusses. Nach kurzer Aussprache gelangte das Ausführungsgesetz in allererster Linie in der Fassung des Ausschusses in zweiter Lesung zur Annahme. Ohne Aussprache wird dann die Vorlage auch in dritter Lesung einstimmig angenommen. Sodann beschloß sich das Haus mit der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Erweiterung des Stadtkreises Hannover, dem das

...klingt es, die ganze Ladung noch zu heben, damit der
...mangel durch diesen Unfall nicht weiter verschlimmert
Die deutsche Volkspartei hält heute Donnerstag
...7.30 Uhr neue Zeit eine Mitgliederversammlung ab im
...von Holland, in der Herr Amtsgerichtsrat Dr. Wald-
...über soziale Verhältnisse im Mittelalter sprechen wird.
Die Vereinigung der Kriegsbeschädigten veranstalt-
...am vergangenen Sonntag einen „Bunten Abend“ im gro-
...Saale des Hof von Holland, der sich sehr zahlreichen Be-
...erfreute. Das Programm war so reichhaltig gewählt, daß
...Abwicklung einige Stunden erforderte. Die Mitwirkenden
...alles Dilettanten unseres Städtchens lösten ihre Aufgabe
...größten Zufriedenheit und reichem Beifall war der verdiente
...Auch das lange nicht mehr vernommene Freilichttheater
...quartett verschönte den Abend und noch ein alter
...kannst sich auf der Bühne wieder vorstellen und zwar
...Schmidt, der schon vor dem Kriege manch schönen Abend
...seinen kernigen Humor zustande bringen half. Auch
...Kriegs unseres Turnvereins zeigte sich wieder mal in der
...Hochleistung mit sehr guten Leistungen. Kurzum alle Mit-
...stunde gaben ihr bestes und „Segen ist der Reize Preis“.
...über 2500 Mark war der Reizegewinn der Veranstaltung,
...nun wieder zu Weihnachten manch stille Freude aus-
...werden.

Infolge eines Betriebsunfalles war es nicht mög-
...die gesamte Auflage zur gewohnten Zeit zu expedieren.
Emscher und Diezer Zeitung.

Lebensmittelverteilung.

Verkäufer: Inhaber der Kundenlisten.
Verkaufszeit von Donnerstag, den 18. bis 24. Dezember.
1. 300 Gramm auf Nr. 18 der Lebensmittelkarte, Preis
13 Mark für 1 Kilogramm.
2. Margarine, 250 Gramm auf Nr. 12 der Fettkarte bei
den Buttergeschäften, Preis 2,60 Mark für 1 Karte.
3. Nudeln, 250 Gramm auf Nr. 10 der Lebensmittelkarte,
Preis 70 Pf. für 1 Karte.
4. Feigwaren, 150 Gramm auf Nr. 20 der Lebensmittelkarte,
Preis 36 Pf. für 1 Karte.
5. Mehl, 500 Gramm auf Nr. 25 der Einheitszettelkarte für
Mehl, Preis 70 Pf. für 1 Karte.
Nach Mitteilung der Kaufmännischen Geschäftsstelle trifft
am Ende dieser Woche ein und kann deshalb von Mon-
tag bei den Inhabern der Kundenlisten abgeholt werden.
Bad Ems, den 17. Dezember 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Abgabe von Christbäumchen.

Die heiligen Einwohner sollen aus den Pichtenbestän-
den im Distrikt „Vor der Loos“ Christbäumchen abgegeben wer-
den. Der Preis beträgt je nach der Beschaffenheit des Baumes
von 1,50 Mark. Händler sind ausgeschlossen.
Wer ein Bäumchen zu haben wünscht, wolle sich am Sam-
stag den 20. ds. Mts., vormittags 9 Uhr im Distrikt „Vor
der Loos“ zur Selbstabgabe einfänden.
Bad Ems, den 17. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter u. -Hinterbliebener. Ortsgruppe Nassau und Umgebung.

Einladung.

Zu der am Samstag, den 20. Dez. 1919,
nachm. 5 Uhr im Hotel „Belle vue“
stattfindenden Weihnachtsbescherung
laden wir die Kinder unserer Mitglieder nebst
Angehörigen herzlichst ein.

Gleichzeitig danken wir allen gütigen
Spenderrinnen und Spendern herzlichst für die
freundlichen Gaben, wodurch uns diese Ver-
anstaltung ermöglicht wurde und laden die-
selben zu unserer Peter gleichfalls herzlichst ein.

Der Vorstand.

Verein für Volksbildung, Diez a. L.

Sonntag, den 21. Dezember 1919, abends 7 Uhr
(neue Zeit) im großen Saal des „Hof von Holland“

Unterhaltungs-Abend

Mitwirkung von: Fräulein Helene Reinhardt (Gesang),
Fräulein Minna Haendel (Begleitung), Herrn Hans Pieschull
(Klavier), Herrn Otto Buchs (Rezitation und Violine) und
einem Mädchenchor.

Chor: An die Tonkunst
Klavier-Soli: a) Präludium 22 aus dem wohl-
temperierten Klavier
b) Adagio aus der Sonate
pathétique
Rezitation: a) Leonore
b) Die Glocke von Hadamars
Gesang: Rezitativ und Arie aus Figaros Hochzeit Mozart
Violine und Klavier: Ungarischer Tanz
Pauze.
Chor: Chor der Spinnerinnen aus „Der fliegende
Holländer“
Rezitation: a) Die Fäße im Feuer
b) Die Brücke am Tay
Gesang: a) Die Quelle
b) Waldesjammer
c) Zum Schlafen
Klavier-Soli: a) Soiree de Vienne
b) Menuett
Chor: Mein Hülmlein wächst auf Erden
Eintritt 1 Mark.
Parten im Vorverkauf bei der Buchhandlung Medel und
Kommunikations-Mittelstraße.

Aller Augen

richten sich auf das Sonder-Angebot

der
Firma

Adolf Meyer Diez

Marktplatz 8

Fernsprecher 275.

Gute Kinderschnurstiefel

Nr. 23, 24 M. 16,75
Nr. 25, 26 M. 18,25
Nr. 27, 28 M. 20,25
Nr. 29, 30 M. 30,50

Kräftige Knaben- u. Mädchen-Stiefel

Nr. 31 bis 35 M. 33,25, 37,75

Kräftige Herren-Schnurstiefel

Nr. 40 bis 46 M. 68,75

Die Preise gelten nur solange der Vorrat reicht, da die
Artikel schnell vergriffen.

Die Landkundschaft wird besonders darauf aufmerksam ge-
macht, daß Sonntag, den 21. Dezember das Geschäft von
11—4 Uhr (neue Zeit) geöffnet ist.

Gußbruch, Eisenschrott u. Altmittel.

kaufen in jeder Menge zum Selbstverbrauch. [910]

Gauhe, Godel & Cie., G. m. b. H.,
Oberlahnstein.

Als schönstes Weihnachtsgeckenk

ist eine Bruyere Mutzpfeife mit einem Paket
goldgelben Virginy, — Shagtabak.
Auch ist dieser Tabak geeignet für Zigaretten.

Zigarren

als Präsent in Kisten zu 25, 50 und 100 Stück.

Zigaretten

von 6 bis 25 Pfennig.

Reiner Rauchtabak

Adler, Grob- und Feinschnitt.

Varinas, Halb u. Halb 50%, billiger Mischtabak
zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,
Mauerstr. 5. Nassau. Mauerstr. 5.



So lange Vorrat

habe noch

Mandolinen v. 75—200 M.
Gitarren v. 85—300 „
Git.-Zithern v. 50—100 „
Konzertzith. v. 120—250 „
Violinen v. 45—300 „
Ziehharmonik. v. 50—200 „
Mundharmonikas v. 3—20 „
sowie alle Musiknoten
abzugeben.

Esika - Verlag

Oberlahnstein.

Verkauf nur ab Lager,
kein Versand. [848]

Ausgekämmte Haare

kauft jedes Quantum

Ph. Wissing, Diez a. d. L.

Friseurgeschäft.

(790)

Buchenscheit!

sowie alle andern Sorten Brennholz zu kaufen gesucht.
Auch übernehme Bestände zum Selbsttrieb. [277]

Gustav Reibelung, Frankfurt a. M., Wittelsbacherallee 4.
Telefon Danja 583.

Möbel-Haus

G. Röhl, sen., Lahnstr. 21, Ems

Ankauf und Verkauf
gebrauchter Möbel u. Einrichtung-
gegenstände aller Art, sowie antike
Möbel, Porzellan, Glas, Stein usw.
Preis große Auswahl. [565]

Kaufe Möbel

ganze Einrichtungen zum
Hochwert.

Heinrich Faulhaber,
Coblenz, Rehlstr. 6.

Telefon Nr. 1868.

Amerikanische und englische

Zigaretten

in reicher Auswahl.

Wilh. Müller,

Diez, Altstadtstraße 20.

Puppenperücken

— Engros- und Einzelhandel —

[938] Geith, Coblenz.

Handschrift deutet

ausführlich 1.— Mark.

Graphologe Schenckel,

8791 Berlin, Kaiserstr. 19.

Mädchen

sofort gesucht bei gutem Lohn.

Frau Menkel, Ems,

Lahnstraße 32.

Gegen Anfang Januar ein

tüchtiges Mädchen

in kleinen Haushalt bei guter

Kost gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Röchin

gesucht von einer franzö-
sischen Familie. Vorzustellen

vom 19. Dezember ab in der

Villa Dreis in Ems. [927]

Ordnentlich

Alleinmädchen,

welches etwas kochen kann zum

1. oder 15. Januar 1920 gesucht.

Angebote an: Marxheimer,

Wiesbaden, Wilhelmstr. 32.

Verkauf: Bettfedern, Spiegelrahmen,
Kommoden, Patchkommoden,
Nachtschränke, Sessel, Konfol-
trierel, Furgarberob, Sofa, Tisch,
Wäschekorb (Fisch), Waschma-
chine, Wringmaschine [988]
Ems, Lahnstraße 21.

Stäffelei

In dunkel Eiche für etwa 1 Mr.
Platze zu kaufen gesucht.
Angebot unter Nr. 423 an die
Geschäftsstelle.

Schreibtisch

zu kaufen gesucht.

Näheres Geschäftsstelle. [956]

Ein brauchbarer Spülstein
und eine große gewicht. Bettstelle
mit Sprungrohr zu kaufen gesucht.
[959] Ems, Lahnstr. 21.

Ein Teppich,

3 auch 4 Mr., 1 Zimmer-
ofen, Hebergardinen u.
Türbehang, alles tadellos
erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 22
an die Geschäftsstelle. [961]

Gute

Singer-Nähmaschine

zu verkaufen. [940]

Grabenstraße 46, Ems.

Ein neuer schwarzer und

brauner

Anzug

zu verkaufen. Wo. f. d. Gesch.

Ein Kinderstuhlfußstuhl

u. Schaukelstuhl

preiswert zu verkaufen. [964]

Wiesstraße 31, Ems.

1 großer Geschäftsspiegel, 1

Gasofen, 6 geschliffene Glas-

platten, 4 elektrische Lampen zu

verkaufen. Näheres Geschäftsstelle. [961]

Kleine Wohnung

zu vermieten. [965]

Kreuzbacherstr. 6, Ems.

Die Dame, die Montag

in Tappiser u. Werner,

Coblenz den Lila-Mantel

kauft, wird höflich gebeten,

den irrtümlich beigegebenen

blauen Stoff im Geschäft

abzugeben. [957]